

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Herausforderungen in Frauenhäusern bewältigen – Ursachen analysieren, Verantwortung tragen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Frauenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern sind seit Jahren überfüllt. Im Jahr 2022 konnten mehr als 300 schutzsuchende Frauen nicht aufgenommen werden, weil die Kapazitäten erschöpft waren. Dies zeigt akuten Handlungsbedarf.
2. Die Istanbul-Konvention verpflichtet Deutschland zur Bereitstellung ausreichender Schutzplätze für Frauen und Kinder, die von Gewalt betroffen sind. Mecklenburg-Vorpommern verfehlt aktuell dieses Ziel deutlich.
3. Derzeit wird nicht systematisch erfasst, welche Faktoren die Belastung der Frauenhäuser verstärken. Ein Monitoring zum Hintergrund der Betroffenen ist erforderlich, um herauszufinden, wie viele Schutzsuchende aus dem Asyl- und Migrationsbereich stammen und wie sich dies auf die Kapazitäten auswirkt.
4. Kommunen stehen durch die Verpflichtung zur Aufnahme von Migrantinnen unter zusätzlichem Druck, ohne dass Bund und Länder diese Belastungen ausreichend finanziell ausgleichen.
5. Aktuell fehlt es auch an Kapazitäten zur Unterbringung von Frauen mit jugendlichen Söhnen. Der Ausschluss dieser Frauen bzw. ihrer Kinder stellt ein erhebliches Hindernis und Risiko für deren Sicherheit dar.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. ein verbindliches Monitoring zu etablieren, das systematisch erfasst, aus welchen Herkunftsgruppen Frauen in Frauenhäusern kommen. Ziel ist es, Belastungsfaktoren und deren Ursachen, insbesondere im Kontext von Migration, besser zu verstehen und fundierte Maßnahmen abzuleiten.
2. auf Bundesebene konkrete Maßnahmen einzufordern, um bei einer signifikanten Belastung durch Migration sowohl Bund als auch Länder stärker finanziell und organisatorisch in die Verantwortung zu nehmen. Ziel ist eine gerechte Verteilung der Kosten und die Schaffung gezielter Lösungen für diese Gruppe.
3. sich klar für die Unterstützung der Kommunen einzusetzen, insbesondere, wenn zusätzliche Belastungen durch Migration auftreten. Die Landesregierung soll sich dabei gegenüber der Bundesregierung für eine stärkere finanzielle und organisatorische Unterstützung der Kommunen einsetzen.
4. Maßnahmen zu ergreifen, um spezifische Kapazitäten für Frauen mit jugendlichen Söhnen zu integrieren.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Frauenhäuser sind ein unverzichtbarer Bestandteil des Schutzes vor häuslicher Gewalt. Der Platzmangel¹ und die steigenden Fallzahlen machen deutlich, dass die bestehenden Maßnahmen nicht ausreichen. Es ist notwendig, die Ursachen der Überlastung besser zu verstehen, insbesondere den möglichen Einfluss von Migration.

Ein Monitoring, das systematisch erfasst, aus welchen Herkunftsgruppen die Betroffenen stammen, ist der Schlüssel, um gezielte Maßnahmen entwickeln zu können. Sollte Migration einen erheblichen Beitrag zur Überlastung leisten, ist es gerechtfertigt, dass Bund und Länder stärker in die finanzielle und organisatorische Verantwortung genommen werden.

Besonders kritisch ist die Situation von Frauen mit jugendlichen Söhnen, da diese in vielen Fällen nicht in Frauenhäusern aufgenommen werden können. Dieser Ausschluss führt dazu, dass viele betroffene Frauen in gewaltbelasteten Lebenssituationen verharren, da sie sich nicht von ihren Kindern trennen wollen. Es braucht dringend spezifische Kapazitäten, um diesen Frauen und ihren Kindern eine Perspektive zu bieten.

Die Kommunen dürfen nicht allein mit den Herausforderungen gelassen werden, die sich durch die Aufnahme von Migranten noch vergrößern. Es braucht klare Unterstützung durch Bund und Länder, um eine gerechte Verteilung der Lasten sicherzustellen und gezielte Lösungen zu entwickeln.

¹ <https://www.ostsee-zeitung.de/mecklenburg-vorpommern/mv-platz-in-frauenhaeusern-reicht-nicht-aus-ueber-300-opfer-nicht-aufgenommen-AC0JX3SJKVENPFSVLFBSAPD64U.html>
<https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-1331324.html>
<https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Ueberfuellte-Frauenhaeuser-ueberfordertes-Hilfenetz-Landesfrauenrat-fordert-Loesung,frauenhaeuser192.html>
https://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/dokument/62530/8_4127_frauen_mit_nicht_deutscher_staatsbuergerschaft_in_frauenhaeusern_des_landes_mecklenburg_vorpommern#navpanes=0
<https://www.sueddeutsche.de/panorama/haeusliche-gewalt-alex-lebt-im-frauenhaus-1.3665193>